SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Das werktätige Volk ohne Arbeit: Arbeitslosigkeit und Selbstverwaltung im sozialistischen Jugoslawien als Forschungsgegenstand: eine kritische Bestandsaufnahme

Tomić, Đorđe; Pavleski, Stefan

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Tomić, Đ., & Pavleski, S. (2015). Das werktätige Volk ohne Arbeit: Arbeitslosigkeit und Selbstverwaltung im sozialistischen Jugoslawien als Forschungsgegenstand: eine kritische Bestandsaufnahme. *Südosteuropäische Hefte*, *4*(2), 73-90. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-454523

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Đorđe Tomić & Stefan Pavleski

Das werktätige Volk ohne Arbeit

Arbeitslosigkeit und Selbstverwaltung im sozialistischen Jugoslawien als Forschungsgegenstand: Eine kritische Bestandsaufnahme

Abstract

The article focuses on the question of a possible linkage between unemployment and self-management in socialist Yugoslavia. Departing from secondary sources and offering a critical literature review, the article sketches the development of unemployment in Yugoslavia from the 1950s to the beginning of the 1980s, outlines different points of discussion and explores concrete gaps in the existing interpretations. By proposing a differentiated view of self-management, the authors conclude that from an economic perspective the relationship between self-management and unemployment was at best an indirect one. The broader system of self-management can hardly be interpreted as an obstacle to political participation or social integration of unemployed persons. In contrast to previous interpretations of Yugoslavia's unemployment which regard it as a paradox, the authors suggest that the paradox was not the existence of unemployment in a socialist state, but the way in which the society – especially when organized on the basis of socialist self-management – reacted to it. In fact, the Yugoslav response to the problem of unemployment proved to be not really different from the way this was handled by other (capitalist) states in this period.

Einleitung

Das „Modell" der Arbeiterselbstverwaltung gilt weithin als ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal des wirtschaftlichen und politischen Systems des sozialistischen Jugoslawiens. Lange war es ein wichtiger Gegenstand jugoslawischer wie internationaler Forschung und Diskussion. Mit dem Ende des jugoslawischen Staates endeten auch diese. Das jugoslawische „Experiment"[1] scheiterte und der über Jahrzehnte generierte Forschungsstand wirkte gleichsam über Nacht veraltet und überholt. Die Frage nach den Mitbestimmungsrechten und das Anliegen vieler Menschen (nicht nur) im postjugoslawischen Raum, in einer sozial gerechte(re)n Gesellschaft zu leben, bleiben dagegen nach wie vor aktuell. In diesem Sinne ist jede kritische Neubewertung der jugoslawischen Selbstverwaltung mehr als willkommen, vermag sie doch die Probleme des sozialistischen Jugoslawiens besser zu erklären, die wiederum von allen Nachfolgestaaten in unterschiedlichem Maße geerbt wurden und den Ausgangspunkt vieler heutiger sozialer Missstände bilden.

Ein solches Problem ist auch die, mit der Ausnahme Sloweniens, weiterhin hohe und steigende Arbeitslosigkeit in allen Teilen des ehemaligen Jugoslawiens. Wie sich diese entwickelte, welche makroökonomischen Ursachen und Folgen sie hatte und welche politischen Maßnahmen sie in welchem Zeitraum nach sich zog, sind zentrale Fragen wissenschaftlicher Arbeiten zu diesem Thema. Die letzte (prominente) systematische Behandlung liegt allerdings rund zwanzig Jahre zurück. Doch auch diese weitgehend plausible geschichtswissenschaftliche Interpretation der jugoslawischen Arbeitslosigkeit, die mit dem Buch von Susan Woodward (1995) allgemein gelungen ist, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der *Zusammenhang* zwischen der

[1] Seit den 1970er Jahren wurde das sozialistische Jugoslawiens auch wissenschaftlich immer wieder als „Experiment" dargestellt und gedeutet. (Rusinow 1977; Sundhaussen 1993) Obgleich die Figur die Experimentierfreudigkeit der jugoslawischen politischen Eliten im Hinblick auf immer neue, auch wenn nicht immer erfolgreiche Problemlösungen meinte, impliziert sie auch ein gewisses Maß an Künstlichem. Daher betonte Edvard Kardelj, gewissermaßen der „Chefideologe" der sozialistischen Selbstverwaltung in Jugoslawien, Ende der 1970er Jahre: „Die Selbstverwaltung in Jugoslawien ist kein *Experiment* mehr, sondern ein sehr komplexes *System* sozialistischer gesellschaftlicher ökonomischer und politischer Beziehungen, das bereits tief in der Realität verwurzelt ist." (Kardelj 1977, S. 16) Diese Künstlichkeit des jugoslawischen politischen Systems schwingt bis heute in vielen wissenschaftlichen Arbeiten mit und vermag nicht nur bei der Analyse die alltägliche Praxis vieler Menschen in den Schatten der Ideologie zu stellen, sondern liefert die Vorlage für manch eine der späteren einfachen „Erklärungen" über die „Natürlichkeit" des Zusammenbruchs Jugoslawiens.

Tomić, Đorđe; Pavleski, Stefan (2015): Das werktätige Volk ohne Arbeit. Arbeitslosigkeit und Selbstverwaltung im sozialistischen Jugoslawien als Forschungsgegenstand: Eine kritische Bestandsaufnahme. In: Südosteuropäische Hefte 4 (2), S. 73–90.

Arbeitslosigkeit und der *Selbstverwaltung* nur selten kritisch beleuchtet wurde. Dabei war es gerade die „Arbeiterselbstverwaltung", die von Kritikern sowohl aus den Reihen der sozialistischen Reformer als auch aus dem „capitalist or anticommunist camp" als „eigentliches" Problem des jugoslawischen Sozialismus und unter anderem auch als Ursache für die hohe und konstant steigende Arbeitslosigkeit dargestellt wurde. (Ebd., S. 5) Solchen mitunter pauschalen und begrifflich oft unklaren Feststellungen gilt es kritisch zu begegnen. Ist diese Deutung wirklich überzeugend? Was von den bisher vorgebrachten Argumenten trifft zu und wie ist die Arbeitslosigkeit in diesem Zusammenhang möglicherweise neu zu interpretieren? Von den vorhandenen Studien ausgehend widmet sich dieser Beitrag der Frage, welche Zusammenhänge es zwischen der Arbeitslosigkeit und den verschiedenen Formen von Selbstverwaltung in Jugoslawien gab und wie sie zu interpretieren sind.

Die Arbeitslosigkeit in einem sozialistischen Land: ein Paradox?

Susan Woodwards genannte Studie, die eine übergreifende Interpretation der „sozialistischen Arbeitslosigkeit" anzubieten verspricht, beginnt mit der Feststellung, die Arbeitslosigkeit in Jugoslawien sei eine gewissermaßen paradoxe Erscheinung gewesen, die sie deshalb meint erklären zu müssen. Doch worin genau bestand dieses Paradox eigentlich? Und inwiefern hilft uns das, die ökonomischen, politischen oder allgemein gesellschaftlichen Implikationen der Arbeitslosigkeit für das sozialistische Jugoslawien zu verstehen?

Auf die Frage nach der führenden Rolle der politischen Elite und ihrer Legitimität abzielend, übernimmt Woodward zunächst die Annahme einiger Theoretiker, Arbeitslosigkeit sei mit sozialistischer politischer und insbesondere (plan-)wirtschaftlicher Ordnung nicht vereinbar (gewesen). Das Paradoxe sei allerdings nicht nur der Umstand, dass sich eine sozialistische Wirtschaft mit der Arbeitslosigkeit konfrontiert sah, sondern auch, dass dieser Widerspruch für die politische Elite und ihre Legitimität keinerlei Konsequenzen zu haben schien, blieb sie doch in den vierzig Jahren der Herrschaft von massiven Protesten verschont. (Ebd., S. 6, 11)

So aufregend diese Annahmen auch wirken mögen, sind sie weder als Fakten noch als Erklärung gänzlich zutreffend. Erstens lässt sich etwa der Bund der Kommunisten spätestens seit den 1970er Jahren kaum noch als einheitliche Partei mit uneingeschränkter Durchschlagskraft verstehen, die absolute Kontrolle über die Gesellschaft ausübte. Vielmehr handelte es sich infolge der Dezentralisierung auch des föderativen Organisationsprinzips (vgl. Beckmann-Petey 1990) um eine mehr oder weniger lose und lediglich durch ideologische Prämissen zusammengehaltene Dachorganisation der einzelnen Republikorganisationen, die nebst einer Reihe weiterer gesellschaftlich-politischer Organisationen auf allen Ebenen (vgl. Seroka/Smiljković 1986) eine Reihe von teilweise unterschiedlichen Interessen umfasste und mitunter mühsame Entscheidungsfindungsprozesse nach sich zog. Zweitens waren gerade Arbeiterstreiks (vgl. Jovanov 1979) keine Seltenheit, obwohl sie wie auch die studentischen Proteste von 1968 (vgl. Kanzleiter 2011) weder anti-kommunistisch waren noch explizit auf die Beseitigung der Arbeitslosigkeit abzielten. Zudem gingen diese Proteste, drittens, Hand in Hand mit den auch und gerade durch den Bund der Kommunisten initiierten Reformen in Politik und Wirtschaft. Gerade dieser Reformeifer ohne klare Perspektive sprechen ließe sich wiederum als Anzeichen für die Sorge der politischen Elite um die eigene Stellung auslegen.

Ein weiteres Paradox sieht Woodward im Umgang der jugoslawischen Politik, Gesellschaft und Wissenschaft mit der Arbeitslosigkeit: „Equally paradoxical was the great silence about Yugoslav unemployment in general. Most portraits of the Yugoslav system simply ignored its existence. From the common citizen to policymakers and politicians, analysts, critics, and protesters, a great public indifference to unemployment seemed to prevail." (Woodward 1995, S. 6)

Es mag sein, dass die Arbeitslosigkeit ein aus wirtschaftspolitischer Sicht bisweilen unterschätztes Problem darstellte. Ein Tabuthema war sie jedoch nicht. Die führenden jugoslawischen Politiker und Ökonomen wussten sehr wohl um die Bedeutung der Beschäftigungspolitik bzw. der Arbeitslosigkeit, die bereits unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg auch öffentlich diskutiert wurden. So legte Boris Kidrič in seiner Rede im Rahmen der Debatte zum Staatshaushalt für das Jahr 1948 nicht nur den Plan vor, rund „100.000 neue Arbeiter, Schüler in der Wirtschaft, angelernte und halbqualifizierte Arbeiter [zu] mobilisieren", sondern erklärte die Beschäftigung gleichzeitig für eines der „ernsthaftesten Probleme" des wirtschaftlichen wie „des gesamten gesellschaftlichen Lebens". Da es infolge der strukturellen Hürden unmöglich war, ausreichend viele Arbeitsplätze zu schaffen, sicherte er den Arbeitslosen weitere Unterstützung zu. (Kidrič 1948, S. 252)

Nach wenigen Jahren wurde dann klar, dass die Arbeitslosigkeit, auch wenn im Einzel- und Idealfall temporär, insgesamt aber eine dauerhafte „Begleiterscheinung" bleiben dürfte. So begannen die bereits zu Beginn der 1950er Jahre gegründeten dafür zuständigen Institutionen – die Ämter/Büros für Arbeitsbeschaffung/Beschäftigung[2] – regelmäßige periodisch erscheinende Statistiken und Berichte zur Arbeitslosigkeit bzw. Beschäftigung und Arbeitsvermittlung[3] sowie umfassende Sammlungen von Gesetzestexten, Kommentaren und praktischen Anleitungen für untergeordnete zuständige Institutionen zu publizieren. (vgl. Popović/Maričić/Kangrga 1956; Laković/Maričić/Kangrga 1959; Turčić 1960) Inwieweit insbesondere die Statistiken das Problem offen legten oder vielmehr – intendiert oder nicht – verschleierten, dazu gleich. Die Vielzahl an möglichen Quellen, die es auszuwerten lohnt, ist jedenfalls vorhanden. Ob, inwieweit und in welchem Zeitraum der Arbeitslosigkeit mehr oder weniger Aufmerksamkeit zukam, lässt sich indes nur genauer bestimmen, wenn man den Blick auf die Ebene der Republiken oder gar Gemeinden richtet, wobei sich zudem erhebliche Unterschiede ausmachen lassen dürften.

Selbst wenn man der Behauptung zustimmte, die Arbeitslosigkeit sei nie zum zentralen politischen Thema in Jugoslawien avanciert, so lässt sich daraus schwerlich ein „großes Schweigen" schlussfolgern. Für die jugoslawische Wissenschaft, insbesondere die Soziologie, Ethnologie und Psychologie, die im Gegensatz zu anderen sozialistischen Staaten Osteuropas weder als bourgeoise Disziplinen verteufelt wurden noch Bestätigungs- und Verherrlichungswissenschaften waren, stimmt das jedenfalls nicht. Verständlicherweise stieg das Interesse der Wissenschaft für das Thema parallel zum deutlichen Anstieg der Arbeitslosenzahlen ab Ende der 1960er Jahre und nahm in den 1970ern und schließlich 1980er Jahren erst recht zu.

Die Mehrheit der Arbeiten zur Beschäftigung, Arbeitslosigkeit oder sozialen Struktur der (Nicht-) Beschäftigten waren wirtschafts- und politikwissenschaftliche Studien, die in allen Republiken durchgeführt wurden. Die frühesten erschienen bereits in den 1960er Jahren und wurden in Jugoslawien wie im Ausland publiziert. (vgl. Obradovic 1967; Radovanović 1967; Mulina 1968) In den 1970ern und 1980ern nahm ihre Zahl kontinuierlich zu. (vgl. Pešić 1975; Malačič 1977;

[2] Die unterschiedlichen Bezeichnungen sind auf die jeweils unterschiedliche Übersetzung in der deutschsprachigen Sekundärliteratur, vor allem aber auf die sich über die Zeit wandelnden Bezeichnungen der Institutionen selbst zurückzuführen.

[3] So etwa die Reihe „Statistische Daten des Amtes für Beschäftigung über die materielle Sicherung temporär arbeitsloser Arbeiter" (*Statistički podaci službe za zapošljavanje o materijalnom obezbeđenju privremeno nezaposlenih radnika*), die vom Bundessekretariat für Arbeit (*Savezni sekretarijat za rad*) herausgegeben wurde. Das Bundessekretariat wurde 1965 zum Bundesbüro für Beschäftigungsangelegenheiten (*Savezni biro za poslove zapošljavanja*) umbenannt. Zudem gab das Sekretariat für Arbeit des Bundesexekutivausschusses (*Sekretarijat za rad Saveznog izvršnog veća*) ab 1958 monatliche Berichte inklusive aktueller Daten über die Beschäftigung heraus. Bis 1959 erschienen sie unter dem Titel „Kurzer Überblick über die Trends im Hinblick auf arbeitslose Personen" (*Kratak pregled kretanja nezaposlenih lica*). 1960 wurde die Reihe in „Bulletin für Arbeitsvermittlung" (*Bilten o posredovanju rada*) erstmalig umbenannt. Zwischen 1961 und 1968 kam sie dann unter dem Titel „Überblick über die Beschäftigung von Arbeitern" (*Pregled o zapošljavanju radnika*) heraus.

Malačič/Vahčič 1977; Malačič 1979 sowie Arsenov 1982; Đorđević 1983; Đorđević 1984; Đurić 1986; Arsenov 1987; Tešić 1988; Jakšić 1989; Wertheimer-Baletić 1989) Mehrheitlich handelte es sich dabei um kürzere oder längere Artikel, Sammelbände, Qualifikationsarbeiten oder Themenhefte verschiedener Zeitschriften.[4] Von 1976 bis 1989 erschien mit drei Ausgaben pro Jahr die von der Republikselbstverwaltungsinteressensgemeinschaft in Zagreb herausgegebene Zeitschrift „Beschäftigung und vereinigte Arbeit. Zeitschrift für Theorie und Praxis der Beschäftigung (*Zapošljavanje i udruženi rad. Časopis za teoriju i praksu zapošljavanja*), die ökonomische wie politikwissenschaftliche, soziologische wie psychologische Beiträge veröffentlichte.

Seit den 1970er Jahren begannen zudem mehrere um die Zeitschrift „Soziologie des Dorfes“ (*Sociologija sela*) versammelte Forscher_innen, das Problem der Arbeitslosigkeit und Beschäftigung im ländlichen Raum oder etwa dessen Auswirkungen auf die Familie zu untersuchen, woran dann auch Studien zur gesellschaftlichen Position der Frau in diesem Zusammenhang anknüpften. (Martić 1964; Prpić 1975; Prpić 1976; Prpić 1977; Cvjetićanin 1980; Kerovec 1983; Bejaković 1990; Kerovec 1990) Ab Mitte der 1970er nahmen soziologische Studien zur Arbeitslosigkeit auch allgemein zu. (First-Dilić 1973; Davidović 1986; Uzunov 1991) In den 1980er Jahren schlossen sich diesen zunehmend psychologische Untersuchungen der Arbeitslosen an. (Guzina 1983; Kuzmanović 1984; Cucić 1987; Kuzmanović 1988; Lacković-Grgin u.a. 1991) Immer häufiger fanden in diesem Zeitraum auch mehrtägige Konferenzen zu diesem Thema statt. (Bukvić 1984; Jovanović 1988; Mulina 1988; Uzunov/Bogoev/Macura 1991)

Zwar ist aufgrund dieser Studien wenig über das gesellschaftliche Interesse an der Arbeitslosigkeit in Jugoslawien gesagt. Auch lässt sich selbst für den Wissenschaftsbereich kein besonders hervorgehobenes Interesse daraus schlussfolgern. Doch ein systematisches „Ausblenden“ der Arbeitslosigkeit lässt sich allenfalls in den programmatischen Dokumenten der gesellschaftlich-politischen Organisationen und insbesondere den theoretischen Abhandlungen über die Selbstverwaltung feststellen. Sofern sich das von Woodward als paradox empfundene „große Schweigen“ auf dieses Segment der jugoslawischen „Politik“ oder „Wissenschaft“ bezieht, ist dem zuzustimmen. Eine allgemeine „Indifferenz“ der jugoslawischen Politik und Gesellschaft gegenüber der Arbeitslosigkeit lässt sich jedoch nicht bestätigen. Dass weder die politischen Maßnahmen noch das langsam steigende Interesse der Öffentlichkeit und der Wissenschaft der Arbeitslosigkeit in Jugoslawien abhelfen konnten, dagegen schon. Doch wie stand es um die Arbeitslosigkeit in Jugoslawien? Wie hatte sie sich entwickelt, welche Gegenmaßnahmen löste sie aus und welche Probleme verursachte sie?

Jugoslawiens Arbeitslose in der Statistik: ein Versteckspiel der Zahlen?

Sehen wir uns zunächst die offiziellen Zahlen an, die einen ersten Eindruck über Ausmaß und Entwicklungstendenzen der Arbeitslosigkeit vermitteln können. Seit der Gründung der Büros für Beschäftigung im Jahr 1952 und dem Beginn der statistischen Erfassung der Personen, die sich in Jugoslawien als arbeitsuchend registrieren ließen, stieg ihre Zahl fast ohne Unterbrechung bis Ende der 1980er Jahre an. Die Zahl von 44.700 Arbeitssuchenden im Jahr 1952 hatte sich nur ein Jahr später auf knapp 82.000 verdoppelt. Nachdem sich 1955 dann nur etwas mehr als 67.000 als Arbeitssuchende hatten registrieren ließen, stieg 1956 ihre Zahl sprunghaft auf über 99.000 an und setzte den Trend fort: 1958 waren es schon ca. 132.000, 1961, nur drei Jahre später also, über 191.000. Ein Jahr vor der großen Wirtschaftsreform 1965 lag die Zahl der registrierten Arbeitslosen bei über 212.000, im Jahr der Reform waren es knapp 237.000. Das Jahr der studentischen Proteste 1968 war auch im Hinblick auf die Arbeitslosenzahlen mit knapp 311.000 ein Höhepunkt. Dieser Rekord

[4] So bildete 1988 die Arbeitslosigkeit den Themenschwerpunkt der Zeitschrift *Marksistička misao*. Vgl. Zelić 1988; Limani 1988; Penev 1988.

wurde jedoch nur ein Jahr später aufs Neue gebrochen: 1969 waren rund 330.000 Personen als arbeitssuchend registriert. Immerhin schienen 1970 und 1971 die etwa mit der Bundesrepublik Deutschland in der Zwischenzeit geschlossenen Anwerbeabkommen und die entsprechende massive Arbeitsmigration ins Ausland als Gegenmaßnahme zumindest ansatzweise gegriffen zu haben, so dass die Arbeitslosigkeit erstmalig seit rund fünfzehn Jahren mit rund 319.000 bzw. 291.000 wieder eine leicht rückläufige Tendenz aufwies. Ab 1972 nahm die Zahl der Arbeitslosen jedoch erneut zu, erreichte Mitte des Jahrzehnts mehr als eine halbe Million und stieg weiterhin an. Mit einem durchschnittlichen Anstieg von rund 11,4 Prozent jährlich stieg die offiziell registrierte Arbeitslosigkeit in Jugoslawien von über 2,5 Prozent Anfang der 1950er zu rund 8 Prozent Ende der 1960er Jahre, nur um Mitte der 1970er Jahre über 10 Prozent und Ende der 1980er Jahre schließlich 17 Prozent zu erreichen.[5]

Rechnet man allerdings die nicht registrierten Arbeitssuchenden, die Unterbeschäftigten oder die saisonal bedingten Ausfälle bei Beschäftigungen mit und berücksichtigt man die jeweilige Dauer der fehlenden Beschäftigung, (Mesa-Lago 1971, S. 68f.; Woodward 1995, S. 191ff) ergibt sich ein von den offiziellen Zahlen wesentlich abweichendes und teilweise düsteres Bild, welches dabei nicht nur in Abhängigkeit vom jeweiligen Wirtschaftszweig und dem Qualifikationsgrad der Arbeitssuchenden,[6] sondern auch regional stark variierte: Während in Slowenien, wo die Arbeitslosigkeit vor 1990 mitunter 1,5 Prozent betrug, nahezu Vollbeschäftigung erreicht werden konnte, wiesen Mazedonien, Kosovo oder Bosnien-Herzegowina durchgehend überdurchschnittliche und kontinuierlich wachsende Arbeitslosenquoten auf. Besonders betroffen waren indes Frauen, deren Anteil an der Arbeitslosenzahl fast durchgehend höher war als jener der Männer. (Malačič, S. 92f.) Gleichzeitig hatten es Personen ohne oder mit geringer Arbeitserfahrung schwerer, eine Beschäftigung zu finden bzw. vermittelt zu werden, als dies bei Personen mit langjähriger Erfahrung der Fall war. (Ebd., S. 97ff.)

Die wohl größte Schwierigkeit bei der Erforschung der jugoslawischen Arbeitslosigkeit stellen die Statistiken dar. Grund dafür sind die verschiedenen Definitionen wichtiger Indikatoren, die im Laufe der Zeit in unterschiedlicher Weise verändert wurden. Offiziell als Arbeitslose anerkannt waren Personen, die sich beim Amt für Beschäftigung arbeitssuchend meldeten. Anzahl und Profil der Arbeitsuchenden, zu denen allerdings auch Landwirte im privaten Sektor, die nach einer Beschäftigung im gesellschaftlichen Sektor (in der Stadt) suchten, sowie (teilweise) Studierende gehörten, wurden von den Republikämtern monatlich ermittelt. Statistisch erfasst wurde die Arbeitslosigkeit damit allerdings nur für den „gesellschaftlichen Sektor“ und betraf nicht das gesamte Erwerbspersonenpotential. (Bićanić 1973, S. 196)

Weitaus weniger Klarheit herrschte bei der Bestimmung der Erwerbstätigen. So hatte allein die Bezeichnung „Arbeiter“ in Jugoslawien zweierlei Bedeutung. (Ebd., S. 101) Zum einen diente sie zur Unterscheidung zwischen Personen, die einfache physische Arbeit leisteten, und Angestellten. Zum anderen waren damit als Synonym für das „werktätige Volk“ alle Beschäftigten, einschließlich

[5] Sämtliche Angaben stammen aus den Studien von Malačič, Mesa-Lago und Woodward und stützen sich auf Daten des Amtes für Statistik Jugoslawiens, die *OECD Yearbooks on Economic Statistics* sowie weitere Studien. Vgl. Malačič 1979, S. 90; Mesa-Lago 1971, S. 52; Woodward 1995, S. 191 ff.

[6] Zum statistischen „Versteckspiels“ gehörte auch die Bildungsstruktur der Erwerbspersonen: Neben der gängigen Klassifizierung nach Arbeitern mit tertiärer, mittlerer, primärer oder keiner Ausbildung, wurden die Kategorien „hochqualifizierter“, „qualifizierter“, „halbqualifizierter“ und „unqualifizierter Arbeiter“ eingesetzt. Das Statistische Amt Jugoslawiens unterschied dabei zwischen „fachlicher Ausbildung“ und „fachlicher Qualifikation“ der Arbeiter und hielt diese Klassifizierung bisweilen selbst für teilweise unklar und problematisch für die Datenerfassung. Überdies sah das System der beruflichen Ausbildung auch die Ermittlung von Fähigkeiten anhand von Kursen und Prüfungen vor. So wurden die Fachkenntnisse „halbqualifizierter Arbeiter“ in den Arbeitsorganisationen geprüft und anerkannt. Die Ablegung einer Fachprüfung ermöglichte die Erlangung der Bezeichnung „qualifiziert“ oder „hochqualifiziert“. Lag bei einem Arbeiter keine dieser Maßnahmen vor, wurde er im Rahmen der Statistik als „unqualifiziert“ eingestuft.

des Führungspersonals und der Beamten gemeint.[7] Auch die Bezeichnung der Beschäftigten wurde immer wieder angepasst. Ende der 1960er Jahre umfasste sie (1) Mitglieder einer Arbeitsgemeinschaft (sowohl in Vollzeit oder Teilzeit als auch befristet oder unbefristet beschäftigt); (2) Personen, die an der vereinigten Arbeit einer Arbeitsorganisation beteiligt sind („Arbeiter-Mitarbeiter"); (3) Beschäftigte in einer landwirtschaftlichen, handwerklichen oder anderen Genossenschaft; (4) Mitglieder von Vertretungsgremien und ihren Körperschaften; (5) gewählte Personen, die in einer gesellschaftlich-politischen Organisation gegen ein monatliches Entgelt tätig sind. (Vgl. Republički Zavod za Statistika 1967, S. 4 ff.) Nicht erfasst wurden dagegen etwa „Schüler in der Wirtschaft" (Lehrlinge[8]), private Arbeitgeber, Honorarbeschäftigte und Beschäftigte im Innen- und Verteidigungsministerium sowie Personen, die im Ausland tätig waren („Gastarbeiter").[9] Im Zeitraum 1961-1966 umfasste diese Statistik auch Personen, die ein befristetes Arbeitsverhältnis hatten. Interessanterweise konnte die letztere Kategorie zwischen 1952 und 1960 nicht erfasst werden, da diese Art von Beschäftigung rechtlich nicht existierte. (Republički Zavod za Statistika 1967, S. 4)

Diese Probleme bei der Erfassung und Auswertung der kontinuierlich variierenden und immer wieder neu definierten arbeitsmarktrelevanter Daten in Jugoslawien machen sowohl eine realitätsnahe Quantifizierung der Beschäftigungs- und Arbeitslosenquoten als auch einen intertemporalen Vergleich nahezu unmöglich. (Woodward 1995, S. 194) So betrug die offizielle Arbeitslosenquote im Jahr 1967 rund 7,2 Prozent (269.000 Personen). Nicht einbezogen waren jedoch 153.000 Arbeitssuchende, 200.000-250.000 Scheinerwerbstätige und 1,4 Millionen versteckte Arbeitslose bzw. unterbeschäftigte Personen in der Landwirtschaft. (Ebd., S. 197) Sollen dann die „realen" Arbeitslosenquoten in Jugoslawien diskutiert werden, ist schließlich auch die Anzahl der sogenannten Gastarbeiter nicht aus den Augen zu verlieren. Der vorübergehende Rückgang der Arbeitslosenquoten vor allem in den Jahren 1969-1973 sei, so die weithin akzeptierte Annahme, auf die jugoslawische Arbeitsmigration zurückzuführen, als eine halbe Million Arbeiter/innen Jugoslawien verließen (Bićanić 1973, S. 139; Woodward 1995, S. 198) und deren Anzahl bis Mitte der 1970er Jahre schon 950.000 erreichte. (Malačič 1979, S. 89)

Der lange Weg zur neuen Arbeit: die jugoslawische Arbeitslosenunterstützung

Seit 1952 wurde den Arbeitslosen ein Recht auf materielle Sicherstellung zugesprochen. Die Aufgaben der Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung wurden durch mehrere besondere Gesetze (zunächst 1960, dann erneut 1965) geregelt und von den jugoslawischen „Ämtern für Beschäftigung" (*Zavodi za zapošljavanje*) umgesetzt. Seit den 1960er Jahren operierten diese als Fachdienste im Rahmen der Gemeinschafen für Beschäftigung (*Zajednice za zapošljavanje*), die diesen Bereich analog zu anderen Selbstverwaltungsinteressensgemeinschaften (*Samoupravne interesne zajednice*, SIZ), etwa für Bildung, Kultur etc., (selbst) verwalteten, nach föderalem bzw. territorialem Prinzip organisiert waren und zum Zweck der „Zufriedenstellung

[7] Der Umstand, dass die Kategorie „Arbeiter" immer wieder nach- und feinjustiert wurde, ohne dabei den Begriff der „Arbeit" maßgeblich zu verändern oder ihn von der „Beschäftigung" entscheidend zu entkoppeln, liefert nicht zuletzt einen weiteren Hinweis auf den staatlichen bzw. wirtschaftspolitischen Umgang mit der Arbeitslosigkeit. Wie die beschworene „Befreiung der Arbeit" abseits der „vereinigten Arbeit" – etwa im Fall der auch im Sozialismus vorwiegend von Frauen verrichteten Hausarbeit – erfolgen sollte, blieb offen und fand kaum nennenswerte Berücksichtigung. Darüber, dass vor allem eine im Widerspruch zum in Jugoslawien garantierten Recht auf Arbeit (vgl. Poček-Matić 1972) stehende langfristige Arbeitslosigkeit unerwünscht war, waren sich die jugoslawischen politischen Eliten und die Mehrheit der (potenziell) Betroffenen einig. (Woodward 1995, S. 195) Das Ideal der Vollbeschäftigung war jedoch weder eine exklusiv jugoslawische Vorstellung noch war sie sozialistischen Systemen vorbehalten.

[8] Die praktische Ausbildung in Betrieben war Teil der Mittelschulbildung. Diese Gruppe wurde erst seit 1954 statistisch erfasst.

[9] Seit 1953 zählten in der Landwirtschaft tätige Frauen nicht mehr zu den Beschäftigten. (Woodward 1995, S. 196)

persönlicher und gemeinsamer Bedürfnisse und Interessen hinsichtlich der Beschäftigung und materiellen Sicherung in der Zeit der vorübergehenden Arbeitslosigkeit“ sowie der „Ausübung bestimmter gesellschaftlicher Funktionen im Bereich der Beschäftigung“ gegründet wurden. (Marković u.a. 1976, S. 514f.) Zu den konkreten Aufgaben der Ämter für Beschäftigung gehörte die Regelung „analytisch-fachlicher, administrativ-technischer und finanzieller Angelegenheiten der Gemeinschaft im Hinblick auf die Beschäftigung im In- und Ausland und die materielle Sicherung der temporär arbeitslosen Arbeiter und ihrer Familien.“ (Ebd.) Im Auftrag der Gemeinschaften waren die Ämter also einerseits für die Analyse der Bewegungen und Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und die statistische Erfassung und Analyse der Beschäftigten- bzw. der Arbeitslosenzahlen zuständig, zum anderen führten sie Maßnahmen zur Berufsorientierung und zusätzlichen (Um-)Qualifizierung durch und kümmerten sich um die materiellen Belange der Arbeitslosen. Die Mittel für die Umsetzung der Arbeitsziele stellte die Selbstverwaltungsinteressengemeinschaft für Beschäftigung bereit. Gegründet werden konnten diese wiederum von „Arbeitern in Grundorganisationen vereinigter Arbeit, [ferner von Arbeitern] in nicht als Grundorganisationen vereinigter Arbeit organisierten Arbeitsgemeinschaften sowie von Arbeitern, die bei werktätigen Personen beschäftigt sind, die eine Tätigkeit selbständig mittels persönlicher Arbeit mit Mitteln im Besitz der Bürger (Arbeitgeber) ausüben“. (Ebd., S. 507f.)

Eine derartige Organisation von Arbeitslosenunterstützung hatte vor allem im Hinblick auf die finanziellen Mittel Auswirkungen, über welche die Ämter für Beschäftigung jeweils verfügten. Die Übertragung dieses gesamten Aufgabenbereichs auf die selbstverwalteten Interessensgemeinschaften[10] war indes weniger problematisch als die ab den 1960er Jahren eingetretene Dezentralisierung: Waren die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung, welche die Arbeiter von ihrem Bruttoeinkommen abgeben mussten, ursprünglich noch auf Bundesebene festgelegt, wurde die Bestimmung dieser Sätze schließlich den Republiken übertragen. Die durch die bestehenden Unterschiede entstehenden Ungleichheiten sollten zwar von der Föderation ausgeglichen werden, doch bedenkt man, dass die Republiken und Gemeinden mit den höchsten Arbeitslosenzahlen in der Regel auch diejenigen mit den wenigsten Ressourcen waren, ist es leicht vorstellbar, dass diese Ausgleichszahlungen unzureichend gewesen sein dürften. Gleichzeitig stiegen mit der Arbeitslosenzahl auch die Abgaben für die Arbeitslosenunterstützung – von 0,4 Prozent des Bruttoeinkommens im Jahr 1959 auf 0,6 Prozent allein bis 1964. Doch selbst die weiterhin steigenden Abgaben vermochten es kaum, die verschiedenen Ausgaben im Rahmen der Arbeitslosenunterstützung ausreichend zu begleichen. Selbst bei ziemlich rigoros formulierten Kriterien für den Anspruch auf materielle Unterstützung, reichten die Mittel oftmals kaum für die Krankenversicherung, die in vielen Fällen den Hauptgrund für die Registrierung darstellte. Fahrtkosten oder andere Ausgaben wurden unter anderem über Ermäßigungen erstattet, verbesserten die Lage der Arbeitslosen aber kaum. (Mesa-Lago 1971, S. 68f.)

Einen Anspruch auf Unterstützung im Fall der Arbeitslosigkeit erhielten dabei nur Personen, die zuvor gearbeitet hatten. Die Höhe der Unterstützung betrug dabei 50 Prozent des persönlichen Durchschnittseinkommens in den letzten drei Monaten der Beschäftigung. Auch die Dauer der Unterstützung hing von der geleisteten ununterbrochenen Arbeit ab. Sechs Monate lang wurden jene Arbeitslosen unterstützt, die mindestens ein Jahr ohne Unterbrechung gearbeitet hatten. Ein Anspruch auf eine zwölfmonatige Unterstützung setzte eine Beschäftigung von mindestens dreißig Monaten ohne Unterbrechung voraus. Zehn Jahre ununterbrochener beruflicher Tätigkeit waren nötig, um eine zweijährige Arbeitslosenunterstützung zu erhalten, und das auch erst ab Mitte der

[10] Dies galt auch für einen Großteil der sozialpolitischen Aufgaben. Zur Sozialpolitik und der Selbstverwaltung in Jugoslawien siehe etwa Šefer 1972.

1960er Jahre, als die maximale achtzehnmonatige Arbeitslosenunterstützung verlängert wurde. (Roggemann 1970, S. 156f.; Mesa-Lago 1971, S. 68)

Die Höhe der finanziellen Arbeitslosenunterstützung stieg zwar kontinuierlich an, noch schneller stieg jedoch die Inflation. So betrugen Ende der 1960er Jahre die durchschnittlichen jährlichen finanziellen Leistungen für Arbeitslose lediglich 10 US-Dollar pro Person. (Mesa-Lago 1971, S. 68) Bis Mitte der 1980er Jahre hatte sich die Lage nicht verbessert. Trotz wiederholter Korrekturen nach oben, betrug die materielle Arbeitslosenunterstützung lediglich knapp über drei Prozent[11] des durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommens in Jugoslawien. Und selbst diese geringen Summen wurden 1984 im Durchschnitt für einen Zeitraum von unter einem Monat ausgezahlt. (Woodward 1995, S. 195)

Zu den ohnehin niedrigen Leistungen für Arbeitslose kam mit den genannten Anspruchskriterien hinzu, dass nur ein kleiner Teil der registrierten Arbeitslosen von diesen Maßnahmen profitierte. Bis Mitte der 1960er Jahre besaßen nur rund 12 Prozent Anspruch auf finanzielle Leistungen und nur 20 bis 30 Prozent konnten die Kosten für die Krankenversicherung geltend machen. (Ebd.) Betrachtet man den gesamten Zeitraum 1952-85, fiel der Anteil der anspruchsberechtigten Personen von etwa 18 Prozent auf lediglich 3,5 Prozent im Jahr 1984. Zu umfassenden materiellen Leistungen waren darunter nur die rund 11,6 Prozent zuvor beschäftigten Personen berechtigt. (Ebd.)

Ob die von Anfang an relativ niedrig angesetzten Leistungen eine Folge der Überzeugung waren, die Arbeitslosigkeit sei grundsätzlich nur vorübergehend, während das eigentliche Ziel die Wiederbeschäftigung der Arbeitslosen sei, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen. Die trotz der stetigen Zunahme jener Personen, die mehr als ein Jahr oder länger auf eine Beschäftigung warteten, (Malačič 1979, S. 99f.) insgesamt unzureichenden Erhöhungen der Leistungen lassen diese Vermutung jedenfalls zu. (Woodward 1995, S. 195)

Gleichwohl sind rein materielle Ursachen hierfür zumindest im Fall der wirtschaftlich schwächeren Gemeinden und Republiken nicht auszuschließen. Dass das Geld den Arbeitslosen nicht aus ideologischen Gründen vorenthalten wurde, sondern insbesondere im Zuge der Wirtschaftskrise bzw. aufgrund der steigenden Inflation ab Ende der 1970er Jahre schlichtweg fehlte, stimmt nicht zuletzt auch mit der insgesamt negativen Bilanz hinsichtlich der Effizienz der Ämter für Beschäftigung überein, deren Ergebnisse bei der Arbeitsbeschaffung noch bescheidener als die materielle Unterstützung ausfielen: In der gesamten sozialistischen Zeit entfielen durchschnittlich nur 22 Prozent der jährlichen Neubeschäftigungen auf die Vermittlung der Ämter für Beschäftigung. Im Laufe der 1970er Jahre gingen schließlich lediglich 8,3 Prozent der Neubeschäftigungen auf das Konto der Ämter. (Ebd.) Ob das wiederum darauf zurückzuführen ist, dass nicht der Staat, sondern die Selbstverwaltungsinteressensgemeinschaften für diesen Aufgabenbereich zuständig waren, lässt sich ohne weitere empirische Untersuchungen nicht mit Sicherheit sagen. Welche Möglichkeiten diese Art von Organisation der Arbeitslosenunterstützung etwa den Arbeitslosen selbst eröffnete, bleibt bislang genauso unklar wie die genauen Umstände in den einzelnen Gemeinden. Klar ist dagegen, dass sowohl die Neubeschäftigung als wohl wichtigste Lösung des Problems als auch die materiellen Mittel für die Arbeitslosenunterstützung maßgeblich von der Wirtschaft bzw. der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik abhängig waren.

[11] Wie sich dieser Umstand angesichts der gesetzlich zugesicherten Unterstützung in der Höhe von 50 Prozent des persönlichen Durchschnittseinkommens in den letzten drei Monaten der Beschäftigung erklären lässt, lässt Woodwards Studie, aus der die Angaben stammen, offen. Denkbar ist dabei sowohl, dass die Arbeitslosenunterstützung aufgrund fehlender Mittel nur teilweise oder mit erheblicher Verspätung ausgezahlt wurde, als auch, dass dieser Wert auf den infolge von steigender Inflation erfolgten Anstieg der monatlichen Durchschnittseinkommen zurückzuführen ist.

Arbeitslosigkeit aus Sicht der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik

Bisherige Versuche verschiedener Autoren, die Bedingungen und Entwicklungen der jugoslawischen Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik hinsichtlich des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosigkeit auf das Prinzip der Arbeiterselbstverwaltung zu beziehen, führten insgesamt zu interessanten, obgleich nicht immer eindeutigen Ergebnissen. Die Einführung der Arbeiterselbstverwaltung in den Unternehmen und des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln wurde indes immer im Zusammenhang mit einer Reihe von weiteren für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit bedeutenden Faktoren genannt, darunter etwa die Unterscheidung zwischen „produktiver" und „unproduktiver" Arbeit, die zunehmende Bevorzugung von ungelernten Arbeitskräften, Migrationsbewegungen vom Land in die Städte und ins Ausland sowie die nach Region wie nach Branche mitunter erheblichen Lohnunterschiede.

Während einige Ökonomen wie Sirc als ausschlaggebenden Faktor für die hohen Arbeitslosenquoten in Jugoslawien die Unfähigkeit der politischen Elite betrachteten, neue Arbeitsplätze zu generieren, (Sirc 1979, S. 205) vertraten andere Autoren die Ansicht, dass sich Jugoslawien nach 1965 in einer „speziellen" Krise befand. Die Arbeitslosigkeit erklärten sie zum unvermeidlichen Ergebnis des starken Wirtschaftswachstums und der Transformation der „Gesellschaft" von einem unentwickelten in ein entwickeltes Stadium. (Zelenkov 1974, S. 256) Susan Woodward meinte sogar, die Ursache für die Arbeitslosigkeit in den eigentlichen Entscheidungsprozessen in den von Arbeitern selbstverwalteten Unternehmen erkennen zu können: Anstatt die Profite in neue Technologien investiert zu haben, sei das Gros der Profite in die Lohnzahlungen gegangen. (Woodward 1995, S. 165) Diese Kritik der Selbstverwaltung wurde in den Jahren der sich klar abzeichnenden Krise selbst von einigen jugoslawischen Beobachtern vorweggenommen. (Horvat 1982, S. 209ff.) Die Begründung eines direkten Zusammenhangs zwischen der Selbstverwaltung und der Arbeitslosigkeit blieb dagegen dürftig, empirisch allenfalls selektiv und somit wenig plausibel. Dennoch folgten dieser Argumentation trotz berechtigter Zweifel selbst Ökonomen wie Saul Estrin, der dem Organisationsprinzip und den Mitbestimmungsmöglichkeiten der Selbstverwaltung für die ersten Jahrzehnte auch im Hinblick auf die Produktivität eindeutige Vorteile gegenüber kapitalistischer Lohnarbeit attestierte. So betonte Estrin gleichzeitig, dass das überschüssige Kapitaleinkommen als Ergebnis der niedrigen Zinssätze das Einkommen des Faktors Arbeit aufgrund der fehlerhaften Allokation auf dem Arbeitsmarkt steigen ließ, sowie dass es den „Jugoslawen" auch generell nie richtig gelungen war, „effective capital and labor markets" zu etablieren. (Estrin 1991, S. 191 ff.)

Damit scheint sich die Argumentation um die Selbstverwaltung als Ursache für die Arbeitslosigkeit allerdings auch zu erschöpfen. Stattdessen werden in allen gesichteten wissenschaftlichen Darstellungen zahlreiche weitere Gründe genannt, die mit der Selbstverwaltung keinen direkten Zusammenhang aufweisen.[12]

[12] Weitere Ursachen für die Arbeitslosigkeit sind Woodward zufolge der Wechsel vieler Arbeiter aus der Subsistenzlandwirtschaft in den gesellschaftlichen Sektor, der nicht in der Lage war, die freigesetzten Arbeitskräfte und die jungen Arbeitssuchenden aufzunehmen. (Woodward 1995, S. 191) Bartlett zufolge müsste die gleichgewichtige Arbeitsnachfrage in Jugoslawien unabhängig von den Marktprozessen betrachtet werden. Die Arbeitsnachfrage, die bei gegebenen Preisen von der den Unternehmen zur Verfügung stehenden Technologie bestimmt werde, änderte sich auch in Jugoslawien parallel zu den Änderungen der Güterpreise, während fiskalische und geldpolitische Eingriffe des Staates unwirksam blieben. (Bartlett 1984, S. 2ff.) Unabhängig von der wirtschaftlichen Leistung und den „Fehlern" der Arbeiterselbstverwaltung waren gerade die letzteren nicht zu sanktionieren. Eine strikte Geldpolitik hätte wahrscheinlich die Wirtschaft stabilisieren können, wäre aber in Bezug auf die Beschäftigungs- und Wachstumsraten wirkungslos gewesen. Die angewandten Keynesianischen Instrumente in einer Ökonomie, in der die Produktionskosten oft höher als die Erträge waren und somit dem Basiskonzept der Wohlfahrt widersprachen, hätten sich vermutlich ebenfalls als nutzlos erwiesen. Somit wären gleichzeitig das geringe Wachstum und die hohen Inflationsraten während der Wirtschaftskrise der 1980er auf die Vollbeschäftigungspolitik zurückzuführen. Vgl. Sirc 1979, S. 160; Woodward 1995, S. 218; Lydall 1989, S. 24ff.

Insgesamt scheinen die meisten Erklärungsansätze die Verknüpfung der Arbeitslosigkeit mit der Selbstverwaltung in Jugoslawien aus der Wirtschaftspolitik abzuleiten. Diese wiederum bestand aus verschiedenen Reformen, die zwar gleichzeitig auch das Prinzip der Selbstverwaltung immer stärker ausweiteten, jedoch vor allem auf die Lösung zahlreicher Probleme der jugoslawischen Wirtschaft abzielten und ein möglichst hohes Wachstum bewirken sollten. Dies gilt es trotz der Annahme über die „ideologisch" vorbestimmten Handlungsoptionen der wirtschaftspolitischen Akteure zu berücksichtigen.

Auch der ausgebliebene wirtschaftliche Erfolg der Reformen der 1960er Jahre war kaum auf die Selbstverwaltung zurückzuführen. Die Ergebnisse dieser Reformen, darunter „die Verlangsamung des Wachstums, begleitet von galoppierender Preisinflation und wachsender Arbeitslosigkeit, die auch mit der Öffnung der Grenzen für die Migration nach Westeuropa nicht eingedämmt werden konnte, [und] die wachsende öffentliche Unzufriedenheit, besonders unter den Arbeitern" (Brus/Laski 1989, S. 128) lassen einen solchen Schluss jedenfalls nicht zu. Dies gilt weitgehend auch für die mit einer weiteren Ausweitung der Selbstverwaltung einhergehenden Verfassung von 1974 und das Gesetz über die assoziierte Arbeit von 1976, die den Markt abzulösen schienen und die „selbstverwaltete gesellschaftliche Planung" als wichtigsten Koordinationsmechanismus einführten. (Ebd.) Allerdings, so der Ökonom Branko Horvat, der die Ursprünge der Wirtschaftskrise der 1980er bereits in der Wirtschaftsreform aus dem Jahr 1965 und der Aufhebung der Planwirtschaft und der Einführung der „jugoslawischen freien Marktwirtschaft" sah, sei mit der neuen Verfassung und der Einführung des verwalteten (Kon-)Föderalismus im Jahr 1974 der Markt „liquidiert" worden: Ohne Plan und ohne Markt sei das Chaos der 1980er unvermeidbar gewesen. (Horvat 1985, S. 13ff.) Aus heutiger Sicht mag diese Einschätzung plausibel erscheinen, eine Erklärung der Arbeitslosigkeit als „logische Folge" der Selbstverwaltung liefert sie ebenfalls nicht.

Die Arbeitslosigkeit kann aus wirtschaftlicher Sicht und insbesondere angesichts der inflationären Vollbeschäftigungspolitik allenfalls als Residual einer gescheiterten Wirtschaftspolitik betrachtet werden. Weitgehend also ist der Feststellung Herwig Roggemanns zuzustimmen, es wäre „unrichtig, [die Arbeitslosigkeit] allein auf das Selbstverwaltungssystem zurückzuführen." Zwar hätten, „systemimmanente Faktoren" die Arbeitslosigkeit tendenziell verstärkt, doch gingen sie „nicht von der dezentralisierten Selbstverwaltung aus, sondern beruh[t]en auf einer Form der betriebswirtschaftlichen Kostenrechnung, nach der Kapital und Kreditzinsen verhältnismäßig geringe Kosten verursachen, die beschäftigten Arbeitskräfte dagegen sehr hohe, da [...] der größte Teil der betrieblichen Abgaben proportional zu den persönlichen Einkommen zu zahlen ist." Deshalb versuchten die „zu genauer Kalkulation gezwungene Betriebe [...], mit möglichst wenig Arbeitskräften auszukommen und eher kapitalintensive Investitionen vorzunehmen. Grundsätzliche Argumente gegen eine Arbeiterselbstverwaltung gibt dieser Sachzusammenhang aber nicht her." (Roggemann 1970, S. 156 f.)

Und wer verwaltet die Arbeitslosen? Selbstverwaltung und Arbeitslosigkeit

Lange galt das jugoslawische „Modell" der Arbeiterselbstverwaltung auch innerhalb internationaler wissenschaftlicher Diskussionen als eines der experimentierfreudigsten und somit aufregendsten Gesellschaftskonzepte überhaupt.[13] Die Meinungen dazu schwankten sowohl im kapitalistischen „Westen" als auch im staatssozialistischen „Osten" zwischen heftiger Kritik und Geringschätzung

[13] Allein im deutschsprachigen Raum – von der wesentlich zahlreicheren englischsprachigen Arbeiten ganz zu schweigen – erschien ab Ende der 1960er Jahre nahezu jährlich mindestens ein neues Buch zur Selbstverwaltung in Jugoslawien. Dabei handelte es sich sowohl um Arbeiten deutschsprachiger Forscher_innen als auch um Übersetzungen jugoslawischer Autor_innen. Stellvertretend siehe: Schleicher 1961; Lemân 1969; Horvat 1973; Hamel 1974; Leipold 1974; Lemân 1976; Drulović 1976; Supek 1978; Lilge 1978; Soergel 1979; Stein 1980; Herbert 1982; Höpken 1984; Körner; zu einer neueren Diskussion siehe auch Jakir 2005.

einerseits und vorsichtigem Optimismus und sogar offener und bisweilen enthusiastischer Zustimmung andererseits. So betonte der Rechtswissenschaftler und spätere Professor der Freien Universität Berlin Herwig Roggemann in seiner Studie von 1970 die geradezu globale Bedeutung des jugoslawischen „Modells", indem er die Arbeiterselbstverwaltung als „Kernstück des gesellschaftlichen Selbstverwaltungssystems [Jugoslawiens]" für eine der „bemerkenswertesten Leistungen sozialistischer Wirtschaftstheorie und Praxis seit der Neuordnung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg" erklärte. Daher könnten die „Ausstrahlungswirkung und Bedeutung des jugoslawischen Selbstverwaltungssystems für die sozialistischen wie für die kapitalistischen Länder Europas [...] kaum überschätzt werden. Sowohl die zentralistisch-totalitären Volksdemokratien und die Sowjetunion wie auch die westlichen, liberaleren kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Staatswesen müssen ihre Wirtschaftsverfassungen an den wirtschaftsdemokratischen Maßstäben messen lassen, die das jugoslawische Modell gesetzt hat." (Roggemann, S. 9f.)[14] Doch wie genau ist das System der Selbstverwaltung in Jugoslawien zu definieren und vor allem wie stand es um das Problem der Arbeitslosigkeit in diesem Zusammenhang?

Während die politische und wirtschaftliche Ordnung des sozialistischen Jugoslawiens ab 1950 auf dem *Prinzip* der Arbeiterselbstverwaltung beruhte, umfasste sie dennoch eine Reihe von *Institutionen des Staates*, die nur nach und nach durch *Institutionen der Selbstverwaltung* zunächst ergänzt und schließlich ersetzt wurden. Allgemein handelte es sich bei der Selbstverwaltung also um ein Prinzip der Organisation von gesellschaftlichen Beziehungen, das in verschiedenen Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung in immer höherem Maß institutionalisiert und mal mehr mal minder effizient in der Praxis umgesetzt wurde. Kern der Selbstverwaltung war die Form des gesellschaftlichen Eigentums (vgl. Vasović), die im Gegensatz zu „klassischen" Eigentumsformen als Beziehung zwischen den Menschen gedacht wurde und darauf abzielte, die aus dem Monopol über das Eigentum abgeleitete politische Macht – in staatssozialistischen Systemen war das der Staat / die „Bürokratie" / die Kommunistische Partei – auf die „Produzenten", d.h. die Arbeiter zu übertragen. (zu historischen Hintergründen oder ideologischen Vorbildern siehe Đorđević u.a. 1972; Vranicki 1972; Bilandžić 1972; allgemein Bilandžić 1985) Doch wie wurde dies institutionell und praktisch umgesetzt?

Nach dem ersten Aufruf zur Gründung von Arbeiterräten in Unternehmen aus dem Jahr 1949, dem mehr als 200 Unternehmen folgten, (vgl. Grgurević 1975) wurde ein Jahr später das „Gesetz über die Verwaltung staatlicher Wirtschaftsunternehmen und höherer wirtschaftlicher Vereinigungen seitens der Arbeiterkollektive" (*Zakon o upravljanju državnim privrednim preduzećima i višim privrednim udruženjima od strane radnih kolektiva*) verabschiedet. Das Gesetz, das als „Geburtsurkunde" der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien gilt, unterstützte mit seiner Begründungsrede in der Bundesversammlung Josip Broz Tito persönlich. Im Jahr 1953 wurde dann mit dem „Verfassungsgesetz über die Grundlagen der gesellschaftlichen und politischen Ordnung der FNRJ" (*Ustavni zakon o osnovama društvenog i političkog uređenja FNRJ*) zum einen das gesellschaftliche Eigentum als Grundlage gesellschaftlicher Beziehungen rechtlich verankert. Zum anderen sollte das Prinzip der Selbstverwaltung von den Arbeitsorganisationen in der Wirtschaft auf die gesamte jugoslawische Gesellschaft, also auch auf ihren nicht wirtschaftlichen Teil ausgeweitet werden. Anwendung fand das Partizipationsprinzip der Selbstverwaltung etwa in

[14] Negative Bewertungen kamen in Ost und West aus höchst unterschiedlichen Richtungen: wurden die jugoslawischen Reformen im Sinne des Selbstverwaltungsprinzips im Ostblock lange Zeit als Bestätigung der Annäherung an den Kapitalismus der seit 1948 als Abweichler geltenden jugoslawischen Kommunisten betrachtet, blieben insbesondere die Hardliner unter den Verteidigern der freien Marktwirtschaft jeder „kommunistischen" Reform durchgehend skeptisch gegenüber. Selbst jene, die die Reformbereitschaft und Öffnung der jugoslawischen Wirtschaft für die Regeln des Marktes ernst nahmen, betonten letztlich die Notwendigkeit des Scheiterns jeder solcher Maßnahme – die grundsätzliche Ablehnung eines wie auch immer konzipierten sozialistischen politischen und wirtschaftlichen Systems bestimmte schließlich jede noch so „objektive" und nach Kriterien der Wissenschaft vorgenommene Analyse..

Form von Räten der Produzenten der Parlamente auf allen Ebenen der jugoslawischen Föderation. Mit der Einführung des kommunalen Systems im Jahr 1955 wurden die *Gemeinden* als „gesellschaftlich-politische Gemeinschaften" neben den *Arbeitsorganisationen* in der Wirtschaft zum bedeutenden Element des gesamten auf dem Prinzip der Selbstverwaltung basierenden gesellschaftlich-politischen Systems Jugoslawiens.

Mit der Einführung der Selbstverwaltung trat folglich eine bereits auf die gesellschaftliche wie institutionelle Struktur und Funktion bezogene Unterscheidung zwischen der Arbeiterselbstverwaltung in den Unternehmen und der Selbstverwaltung in der nicht-wirtschaftlichen Sphäre ein. Mit Blick auf die Arbeitslosigkeit lässt sich die Frage nach ihrem Bezug zur Selbstverwaltung nur beantworten, wenn man deren unterschiedliche Funktionen und Mechanismen in den zwei genannten gesellschaftlichen Bereichen in verschiedenen Phasen der Entwicklung berücksichtigt. So gehörten die Registrierung von Arbeitslosigkeit wie die Arbeitslosenunterstützung nur vergleichsweise kurz zu den Aufgaben des Staates und wurden einhergehend mit der Ausweitung der Selbstverwaltung bald von Selbstverwaltungsinstitutionen übernommen. Auch die Mittel für die Unterstützung wurden zwar durchgehend über die Beiträge der Werktätigen erhoben, doch nicht (mehr) aus dem Haushalt des Staates bezogen, sondern von den Fonds der Interessensgemeinschaften direkt verwaltet, auch wenn die genauen Rahmenbedingungen staatlich bestimmt wurden.

Aus der Sicht vieler Arbeitslosen mag diese Verlagerung der Aufgaben vom Staat auf die sich selbst verwaltende Gesellschaft nachrangig gewesen sein, schien doch das Prinzip der Selbstverwaltung nur unter bestimmten (günstigen) Bedingungen – etwa einem Arbeitsplatz – Anwendung finden zu können und nur bestimmte Teile der Gesellschaft – eben die Werktätigen – zu betreffen. Doch wenn die Selbstverwaltung das werktätige Volk, wie versprochen, zum politischen Subjekt werden ließ, welche Rolle kam dann den Arbeitslosen zu? Standen ihnen die Vorzüge der Selbstverwaltung nicht zu? Wurden sie von den Selbstverwaltern mit verwaltet oder ganz einfach ausgeblendet?

In den Institutionen der Arbeiterselbstverwaltung in Unternehmen kamen die Arbeitslosen wohl allenfalls bei den Fragen nach der Beschäftigung neuer Arbeitskräfte oder den Abgaben zur Sprache. Etwas mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten bot den Arbeitslosen das Prinzip der Selbstverwaltung außerhalb der Wirtschaft. Als Bürger_innen konnten sie immerhin über die Ortsgemeinschaft oder die Gemeinde und ihre verschiedenen Institutionen der Selbstverwaltung, auch wenn nur in beschränktem Ausmaß, ihr eigenes „Schicksal" beeinflussen. So sahen selbst die für die Arbeitslosen zuständigen Selbstverwaltungsinteressensgemeinschaften für Beschäftigung ihre Beteiligung vor. Allgemein aber ist anzunehmen, dass die Praxis der Selbstverwaltung vorwiegend dem „werktätigen Volk" vorbehalten war. Um die Arbeitslosen hatte sich die Gesellschaft zwar zu kümmern und sollte im Sinne des Gemeinwohls dafür sorgen, dass sie eine angemessene Beschäftigung erhielten. Währenddessen waren sie aber von der Selbstverwaltung und ihren Institutionen praktisch ausgeschlossen. Für die meisten Arbeitslosen dürfte dies allerdings ohnehin kaum von Bedeutung gewesen sein, solange sie möglichst bald einer bezahlten Arbeit (wieder) nachgehen konnten.

Aus dem Genannten lassen sich zwei Ebenen der Argumentation erkennen, die einer Erklärung des Zusammenhangs zwischen der Arbeitslosigkeit und der Selbstverwaltung zugrunde liegen können und entsprechend die Entwicklung weiterer Fragestellungen voraussetzen. Die erste Ebene betrifft die wirtschaftliche bzw. wirtschaftspolitische Dimension der Arbeitslosigkeit und bezieht sich auf die Selbstverwaltung in den Arbeitsorganisationen der Wirtschaft: Inwieweit diente die Selbstverwaltung (in den Unternehmen) im Allgemeinen der wirtschaftlichen Entwicklung oder dem Wachstum.

Die zweite Ebene betrifft die politische und gesellschaftliche Dimension der Arbeitslosigkeit. Hier hängt sie als gesamtgesellschaftliches Problem mit der Frage zusammen, inwieweit das Prinzip der Selbstverwaltung die Partizipation am politischen und gesellschaftlichen Leben ermöglichte. Waren Arbeitslose, da nicht werktätig, aus dem partizipativen Prinzip der Selbstverwaltung ausgeschlossen und wurden sie ihrer Rolle als gesellschaftliche Subjekte beraubt? Vor allem aber: Wie funktionierte die Selbstverwaltung in der Praxis? Wie nützlich waren die verschiedenen Formen der Partizipation aus Sicht der Arbeitslosen? Inwieweit nahmen sie die Möglichkeiten des Delegiertensystems, der Beteiligung an gesellschaftlich-politischen Organisationen oder den Selbstverwaltungsinstitutionen in der Gemeinde in Anspruch? Wirklich überzeugende Antworten auf diese und weitere sich daraus ergebende Fragen sind ohne konkrete empirische Untersuchungen, etwa zu den einzelnen Gemeinden, nicht zu liefern.

Das werktätige Volk ohne Arbeit: einige abschließende Bemerkungen

Während schon einige der frühen überzeugten Gegner und Kritiker des jugoslawischen Sozialismus die Arbeiterselbstverwaltung kurzerhand zur Hauptursache der hohen und steigenden Arbeitslosenquoten erklärten, sorgten weitere wissenschaftliche Untersuchungen für die im Wesentlichen triviale Einsicht, dass es ein Zusammenspiel zahlreicher Faktoren war, das für die unvorteilhafte Lage auf dem jugoslawischen Arbeitsmarkt verantwortlich war. Je nach analytischem Fokus der einzelnen Studien wurden dabei verschiedene Faktoren herausgearbeitet: die wirtschaftspolitischen Prioritäten im Zuge der Industrialisierung, die Regional- und Außenpolitik, die Bevorzugung von ungelernten Arbeitskräften oder die hohen regionalen Lohnunterschiede. Sie alle hatten einzeln mit dem Prinzip der Selbstverwaltung wenig bis gar nichts zu tun. Der Zusammenhang war ein mittelbarer und betraf die Auswirkungen der Arbeiterselbstverwaltung auf die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, die dann wiederum die Entwicklung der Arbeitslosigkeit bestimmte.

Aus wirtschaftspolitischer Sicht fungierte die Arbeitslosigkeit – eine politische Realität, die nicht einfach zu ignorieren oder schnell zu beheben war – als Korrekturgröße. Angesichts der politischen und wirtschaftlichen Prioritäten wurde sie „zugelassen“, solange die allgemeine Wirtschaftspolitik und -leistung der Kernrepubliken – Slowenien, Kroatien, Serbien – auf Kurs war. Da die jugoslawische (Wirtschafts-)Politik stets das langfristige Gemeinwohl fokussierte, wurde insbesondere die „kurzfristige“ Arbeitslosigkeit toleriert. Indessen verharrte die Arbeitslosigkeit in einzelnen Regionen konstant auf einem hohen Niveau, welches auch ein Vierteljahrhundert nach dem Ende des Sozialismus und der Selbstverwaltung weiterhin bestehen bleibt.

Wie also lässt sich dann die jugoslawische Arbeitslosigkeit allgemein interpretieren? Die eingangs angesprochene Paradoxie-These muss revidiert werden: Das Paradox lag nicht darin, wie von Woodward behauptet, dass Jugoslawien als sozialistisches Land die Arbeitslosigkeit offiziell anerkannte und registrieren ließ. Auch dass die politische Elite infolge dieses scheinbaren oder tatsächlichen Widerspruchs zwischen Anspruch und Realität weder gestürzt noch über einen relativ langen Zeitraum ernsthaft bedroht wurde, ließe sich nicht als Paradox interpretieren, zumal der Bund der Kommunisten den Sozialismus deklarativ, aber auch praktisch „nicht als Zustand, sondern als Prozess“ betrachtete und durchgehend zu reformieren suchte. Für „paradox“ ließe sich allerdings der Umstand erklären, dass der Umgang mit der Arbeitslosigkeit in Jugoslawien sowohl aus Sicht der Wirtschafts- als auch der Sozialpolitik weitgehend dem Umgang in den meisten nicht-sozialistischen Industriestaaten jener Zeit glich – trotz der Selbstverwaltung. Weder das Organisationsprinzip der Selbstverwaltung noch die basisdemokratische und in der Theorie partizipative Ausrichtung der für die Arbeitslosen zuständigen Ämter innerhalb der Selbstverwaltungsinteressensgemeinschaften scheinen andere Lösungsansätze für das Problem der

Arbeitslosigkeit als die Länder Westeuropas hervorgebracht zu haben. Inwieweit sich dies in die übergreifenden Entwicklungen staatlicher Sozialfürsorge und allgemein des Sozialstaats in ganz Europa ab Anfang der 1970er Jahre (vgl. Grandits 2010) einordnen ließe, wäre eine der vielen weiteren Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen.

Den beiden genannten Argumentationslinien folgend ließe sich abschließend festhalten, dass die Arbeitslosigkeit aus wirtschaftlicher Sicht mit der Selbstverwaltung insofern zusammenhing, als die Unternehmen qua Selbstverwaltung je nach Bedarf oder Interessen der Arbeiter_innen über neue Beschäftigung bestimmten. Die Arbeitslosen selbst waren in dieser Hinsicht tatsächlich von der Selbstverwaltung ausgeschlossen. So positiv manche Aspekte der Selbstverwaltung für die Arbeiter_innen waren, etwa der Umstand, dass ein Verlust der eigenen Stelle kaum möglich war, so wenig nützten sie den Arbeitslosen und vermochten sogar eine Neubeschäftigung zu behindern oder zumindest zu verzögern. Doch selbst dieser Effekt ließe sich erst anhand konkreter empirischer Fallbeispiele belegen (oder nicht).

Aus gesamtgesellschaftlicher Sicht war den Arbeitslosen der Zugang zur politischen Beteiligung und damit der Selbstverwaltung im Bereich der gesellschaftlich-politischen Gemeinschaften oder der gesellschaftlich-politischen Organisationen gesetzlich nicht versperrt. Wie dies in der Praxis aussah, lässt sich pauschal nicht beantworten – trotz der berechtigten Annahme, dass eine Beteiligung ohne oder nur mit äußerst geringer materieller Sicherheit unwahrscheinlich war. Ein Ausschluss der Arbeitslosen aus der sich selbst verwaltenden Gesellschaft ist allgemein jedenfalls nicht zu diagnostizieren, erst recht nicht dann, wenn man die verschiedenen Formen und die Dauer der Arbeitslosigkeit berücksichtigt.

Insgesamt betrachtet eröffnet eine systematische Erforschung der Arbeitslosigkeit aufschlussreiche neue Perspektiven auf die Geschichte des sozialistischen Jugoslawiens. Sieht man von der Notwendigkeit neuer empirischer Untersuchungen ab, deren Ergebnisse viele der hier genannten Fragen erst überhaupt beantworten könnten, ist festzuhalten, dass das Beispiel der jugoslawischen Arbeitslosigkeit auch grundsätzlich wertvolle Einblicke in die Verfasstheit der sozialistischen jugoslawischen Gesellschaft ermöglicht. Möchte man dies kritisch und in Form einer provokativer These formulieren, ließe sich sogar behaupten, dass Jugoslawien aus der Sicht der Arbeitslosen und im Hinblick auf den Umgang der Politik, Wirtschaft wie der gesamten Gesellschaft von dem Ideal einer sozial gerechten Gesellschaft genauso weit entfernt war wie alle anderen europäischen (sozialistischen wie nicht sozialistischen) Gesellschaften. Ursache für die hohe Arbeitslosigkeit in Jugoslawien war die Selbstverwaltung ganz bestimmt nicht. Eine bessere Lösung für dieses Problem konnten die Selbstverwalter aber auch nicht finden.

Bibliografie

Arsenov, Sava (1982): Nezaposlenost u Jugoslaviji i njena povezanost sa našom savremenom ekonomskom politikom. Magistarski rad [Arbeitslosigkeit in Jugoslawien und ihr Zusammenhang mit unserer gegenwärtigen Wirtschaftspolitik. Magisterarbeit]. Univerzitet u Beogradu, Beograd. Pravni fakultet.

Arsenov, Sava (1987): Normativni osnov i realne mogućnosti za utvrđivanje stvarnog obima nezaposlenosti u Jugoslaviji [Die normative Grundlage und die realen Möglichkeiten zur Bestimmung des realen Ausmaßes der Arbeitslosigkeit in Jugoslawien]. In: Pravni život 37 (8/9), S. 851–860.

Bartlett, Will (1984): Unemployment, Migration and Industrialization in Yugoslavia, 1958-1977. Badia Fiesolana: European University Institute (EUI Working Papers, 90).

Beckmann-Petey, Monika (1990): Der jugoslawische Föderalismus. München: R. Oldenbourg (Untersuchungen zur Gegenwartskunde Südosteuropas, Bd. 29).

Bejaković, Predrag (1990): Demografski aspekti zaposlenosti u Hrvatskoj [Demographische Aspekte der Beschäftigung in Kroatien]. In: Sociologija sela 28 (107-108), S. 87–99.

Bićanić, Rudolf (1973): Economic Policy in Socialist Yugoslavia. Cambridge: Cambridge University Press.

Bilandžić, Dušan (1972): Historijske okolnosti u kojima je započeo proces radničkog samoupravljanja u Jugoslaviji [Historische Umstände, unter welchen der Prozess der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien begann]. In: Jovan Đorđević u.a. (Hg.): Teorija i praksa samoupravljanja u Jugoslaviji. Beograd: Radnička štampa, S. 121–135.

Bilandžić, Dušan (1985): Historija Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije. Glavni procesi 1918-1985 [Geschichte der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien. Hauptprozesse 1918-1985]. 3. dop. izd. Zagreb: Školska knjiga.

Brus, Włodzimierz; Laski, Kazimierz (1989): From Marx to the Market: Socialism in Search of an Economic System. Oxford; New York: Clarendon Press; Oxford University Press.

Bukvić, Aleksandar (Hg.) (1984): Ocenjivanje čoveka i njegove aktivnosti. Savez društava psihologa SR Srbije, 32. stručno-naučni skup, Sabor '84, Velika Plana, 18.-20. oktobar 1984 [Bewertung des Menschen und seiner Tätigkeit. Bund der Psychologengesellschaften der SR Serbien, 32. Wissenschaftliches Treffen, Versammlung '84, Velika Plana, 18.-20. Oktober 1984]. Beograd: Savez društava psihologa SR Srbije.

Cucić, Viktoria (1987): Some experiences of Yugoslavia in solving of unemployment. In: Social Science & Medicine 25 (2), S. 209–212.

Cvjetićanin, Vladimir u.a. (1980): Mješovita domaćinstva i seljaci-radnici u Jugoslaviji [Mischhaushalte und Bauern-Arbeiter in Jugoslawien]. Zagreb: Institut za društvena istraživanja Sveučilišta u Zagrebu (Biblioteka sociologije sela).

Davidović, Milena (1986): Nezaposlenost i društvena nejednakost u Jugoslaviji [Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit in Jugoslawien]. In: Gledišta (7-8), S. 3–35.

Drulović, Milojko (1976): Arbeiterselbstverwaltung auf dem Prüfstand. Berlin, Bonn: J.H.W. Dietz Nachf..

Đorđević, Jovan u.a. (Hg.) (1972): Teorija i praksa samoupravljanja u Jugoslaviji [Theorie und Praxis der Selbstverwaltung in Jugoslawien]. Beograd: Radnička štampa.

Đorđević, Miroslav (1983): Perspektive kretanja zaposlenosti u privredi Jugoslavije [Perspektiven der Beschäftigungstendenzen in der Wirtschaft Jugoslawiens]. In: Godišnjak Ekonomskog fakulteta u Kragujevcu (1983), S. 477–486.

Đorđević, Miroslav (1984): Analiza problema zaposlenosti u jugoslovenskoj privredi u periodu 1965-1980. Magistarski rad [Eine Analyse des Problems der Beschäftigung in der jugoslawischen Wirtschaft im Zeitraum 1965-1980. Magisterarbeit]. Univerzitet u Kragujevcu, Kragujevac. Ekonomski fakultet.

Đurić, Tatjana (1986): O (ne)zaposlenosti [Über die (Nicht)Beschäftigung]. In: Privredna izgradnja 32 (1), S. 103–114.

Estrin, Saul (1991): Yugoslavia: The Case of Self-Managing Market Socialism. In: The Journal of Economic Perspectives 5 (4), S. 187–194.

First-Dilić, Ruža (1973): Struktura moći u porodici zaposlene žene [Machtstruktur in der Familie einer beschäftigten Frau]. In: Sociologija 15 (1), S. 79–102.

Grandits, Hannes (Hg.) (2010): Family, Kinship and State in Contemporary Europe. Vol. 1: The Century of Welfare: Eight Countries. Frankfurt am Main; New York: Campus.

Grgurević, Dragutin (1975): Prvi radnički savjet [Der erste Arbeiterrat]. Split: Marksistički centar (Marksistička biblioteka).

Guzina, Milica (1983): Šta misle i kako se osećaju mladi nezaposleni ljudi [Was denken und wie fühlen sich junge arbeitslose Menschen]. In: Psihologija 16 (3), S. 29–39.

Hamel, Hannelore (1974): Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien. Ökonomische und wirtschaftspolitische Probleme. München: Beck (Beck'sche Schwarze Reihe, 113).

Herbert, Gabriele (1982): Das Einfache, das schwer zu machen ist. Selbstverwaltung in Jugoslawien: ein Beispiel für die Probleme von Übergangsgesellschaften. Frankfurt am Main: Verlag Neue Kritik.

Höpken, Wolfgang (1984): Sozialismus und Pluralismus in Jugoslawien. Entwicklung und Demokratiepotential des Selbstverwaltungssystems. München: R. Oldenbourg (Untersuchungen zur Gegenwartskunde Südosteuropas, Bd. 22).

Horvat, Branko (1973): Die Arbeiterselbstverwaltung. München: Nymphenburger Verlagshaus (Sammlung Dialog).

Horvat, Branko (1982): Politička ekonomija socijalizma [Politische Ökonomie des Sozialismus]. Zagreb: Globus.

Horvat, Branko (1985): Uzroci krize privrednog razvoja jugoslovenskog društveno-ekonomskog sistema [Ursachen für die Krise der wirtschaftlichen Entwicklung des jugoslawischen gesellschaftlich-politischen Systems]. In: Ivan Maksimović (Hg.): Ekonomija i politika. Beograd: Srpska akademija nauka i umetnosti (Naučni skupovi, Srpska akademija nauka i umetnosti, 28; Odeljenje društvenih nauka, 6), S. 13–16.

Jakir, Aleksandar (2005): Workers' self-management in Tito's Yugoslavia revisited. In: Mitteilungsblatt des Instituts für Soziale Bewegungen (33), S. 137–155.

Jakšić, Miomir (1989): Filips-Okunov model. Inflacija i nezaposlenost u Jugoslaviji [Das Phillips-Okun-Modell. Inflation und Arbeitslosigkeit in Jugoslawien]. In: Ekonomika 25 (4), S. 37–40.

Jovanov, Neca (1979): Radnički štrajkovi u Socijalističkoj Federativnoj Republici Jugoslaviji od 1958. do 1969. godine [Arbeiterstreiks in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien 1958-1969]. Beograd: Trajna radna zajednica pisaca Zapis (Dijalog).

Jovanović, Božidar (Hg.) (1988): Efikasnost privrednog razvoja nedovoljno razvijenih područja Jugoslavije. Naučni skup Efikasnost privrednog razvoja nedovoljno razvijenih područja Jugoslavije, Priština 5-6 novembar 1987 [Die Effizienz wirtschaftlicher Entwicklung unzureichend entwickelter Gebiete Jugoslawiens. Wissenschaftliche Tagung Effizienz wirtschaftlicher Entwicklung unzureichend entwickelter Gebiete Jugoslawiens, Priština 5.-6. November 1987]. Priština: ANUK.

Kanzleiter, Boris (2011): Die „Rote Universität". Studentenbewegung und Linksopposition in Belgrad 1964-1975. Hamburg: VSA.

Kardelj, Edvard (1977): Sistem socijalističkog samoupravljanja u Jugoslaviji [Das System der sozialistischen Selbstverwaltung in Jugoslawien]. In: Blagoje Bošković und David Dašić (Hg.): Samoupravljanje u Jugoslaviji 1950-1976. Dokumenti razvoja, S. 9-39.

Kerovec, Nada (1983): Promjene u strukturi nezaposlenosti u SR Hrvatskoj [Veränderungen in der Struktur der Arbeitslosigkeit in der SR Kroatien]. In: Sociologija sela 21 (79-81), S. 101–111.

Kerovec, Nada (1990): Utjecaj nezaposlenosti na susjedske odnose [Der Einfluss von Arbeitslosigkeit auf nachbarschaftliche Beziehungen]. In: Sociologija sela 28 (107-108), S. 127–133.

Kidrič, Boris (1948): Privredni problemi FNRJ [Wirtschaftliche Probleme der FNRJ]. Zagreb: Kultura.

Körner, Ulrich (1984): Wettbewerb und Akkumulation in der selbstverwalteten Wirtschaft. Frankfurt, New York: Campus (Campus Forschung, Bd. 356).

Kuzmanović, Bora (1984): Nezaposlenost kao socijalno-psihološki problem [Arbeitslosigkeit als soziopsychologisches Problem]. In: Aleksandar Bukvić (Hg.): Ocenjivanje čoveka i njegove aktivnosti. Savez društava psihologa SR Srbije, 32. stručno-naučni skup, Sabor '84, Velika Plana, 18.-20. oktobar 1984. Beograd: Savez društava psihologa SR Srbije, S. 52–53.

Kuzmanović, Bora (1988): Zašto socijalno-psihološke posledice nezaposlenosti nisu veće i teže [Warum sind die sozial-psychologischen Folgen der Arbeitslosigkeit nicht größer und schwerer]. In: Zapošljavanje i udruženi rad 13 (2-3), S. 255–268.

Lacković-Grgin, Katica; Milosavljević, Branko; Cvek-Sorić, Izabela; Opačić, Goran (1991): Nezaposlenost, socijalna podrška i samopoštovanje mladih sa završenim fakultetom [Arbeitslosigkeit, soziale Unterstützung und Selbstachtung Jugendlicher mit Hochschulabschluss]. In: Primjenjena psihologija 12 (3-4), S. 87–93.

Laković, Milan; Maričić, Ratko; Kangrga, Veljko (Hg.) (1959): Priručnik za sprovođenje propisa o pravima radnika za vreme privremene nezaposlenosti i o zapošljavanju radne snage. Sa objašnjenjima, praktičnim primerima, spiskom biroa za posredovanje rada i tablicama za izračunavanje novčane naknade radnicima za vreme nezaposlenosti [Handbuch zur Umsetzung der Vorschriften über die Rechte der Arbeiter während der temporären Arbeitslosigkeit und die Beschäftigung von Arbeitskräften. Mit Erklärungen, praktischen Beispielen, einer Liste von Büros für Arbeitsvermittlung und Tabellen zur Berechnung von finanziellen Ersatzleistungen für Arbeiter während der Arbeitslosigkeit]. Beograd: Službeni list FNRJ.

Leipold, Helmut (1974): Betriebsdemokratie – ökonomische Systemrationalität. Eine organisationstheoretische Analyse der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung. Stuttgart: G. Fischer (Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, 23).

Lemân, Gudrun (1969): Ungelöste Fragen im jugoslawischen System der Arbeiterselbstverwaltung. Köln: Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien (Berichte des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien, 37).

Lemân, Gudrun (1976): Das jugoslawische Modell. Wege zur Demokratisierung. Frankfurt am Main, Köln: Europäische Verlagsanstalt.

Lilge, Hans-Georg (1978): Arbeiterselbstverwaltung: das Beispiel Jugoslawien. Probleme der Unternehmungsführung in selbstverwalteten Unternehmungen. Bern: Haupt.

Limani, Musa (1988): Zaposlenost – neotuđivo pravo svakog radno sposobnog čoveka [Beschäftigung – das unveräußerliche Recht jedes arbeitsfähigen Menschen]. In: Marksistička misao (3-4), S. 172–184.

Lydall, Harold (1989): Yugoslavia in Crisis. Oxford: Clarendon Press.

Malačič, Janez (1977): Nezaposlenost v Jugoslaviji od 1952 do 1975 [Die Arbeitslosigkeit in Jugoslawien von 1952 bis 1975]. In: Ekonomska revija 28 (2), S. 163–180.

Malačič, Janez (1979): Unemployment in Yugoslavia from 1952 to 1975. In: Eastern European Economics 17 (4), S. 85–109.

Malačič, Janez; Vahčič, Aleš (1977): Yugoslav Economists on Unemployment in Yugoslavia. In: Eastern European Economics 15 (4), S. 60–72.

Martić, Mirko (1964): Kretanje zaposlenosti i promjene u kvalifikacijskoj strukturi radnika i službenika u društvenom sektoru poljoprivede u SR Hrvatskoj [Beschäftigungstrends und Veränderungen der Qualifikationsstruktur der Arbeiter und Angestellten im gesellschaftlichen Sektor der Landwirtschaft in der SR Kroatien]. In: Sociologija sela 2 (5-6), S. 84–99.

Mesa-Lago, Carmelo (1971): Unemployment in a Socialist Economy: Yugoslavia. In: Industrial Relations 10 (1), S. 49–69.

Mulina, Tripo (1968): Nezaposlenost, uzroci i karakteristike u sadašnjoj fazi razvoja privrede [Arbeitslosigkeit, Ursachen und Charakteristika in der gegenwärtigen Phase der wirtschaftlichen Entwicklung]. Beograd: Ekonomski institut.

Mulina, Tripo (1988): Nezaposlenost pratilac razvoja nedovoljno razvijenih područja Jugoslavije [Arbeitslosigkeit als Begleitfaktor der Entwicklung unzureichend entwickelter Gebiete Jugoslawiens]. In: Božidar Jovanović (Hg.): Efikasnost privrednog razvoja nedovoljno razvijenih područja Jugoslavije. Naučni skup Efikasnost privrednog razvoja nedovoljno razvijenih područja Jugoslavije, Priština 5-6 novembar 1987. Priština: ANUK, S. 183–187.

Obradovic, Sreten (1967): Employment trends and problems in Yugoslavia. In: International Labour Review 95 (6), S. 553–571.

Penev, Goran (1988): Nezaposlenost i demografski rast. Sadašnje i buduće regionalne razlike [Arbeitslosigkeit und demographisches Wachstum. Aktuelle und zukünftige regionale Unterschiede]. In: Marksistička misao (3-4), S. 79–88.

Pešić, Ratko (1975): Zaštita u pogledu stabilnosti zaposlenja i za slučaj gubljenja zaposlenja (nezaposlenosti) – dva važna i značajna elementa socijalne sigurnosti radnog čoveka [Der Schutz hinsichtlich der Beschäftigungsstabilität und im Fall des Beschäftigungsverlustes (Arbeitslosigkeit) – zwei wichtige und bedeutende Elemente sozialer Sicherheit des werktätigen Menschen]. In: Zbornik radova Pravnog fakulteta u Novom Sadu (jub. izd.), S. 21–36.

Poček-Matić, Mirjana (1972): Rad kao konstitutivni princip organizacije društva [Die Arbeit als konstitutives Prinzip gesellschaftlicher Organisation]. In: Jovan Đorđević u.a. (Hg.): Teorija i praksa samoupravljanja u Jugoslaviji. Beograd: Radnička štampa, S. 166–180.

Popović, Teofilo; Maričić, Ratko; Kangrga, Veljko (Hg.) (1956): Zbirka propisa o materijalnom obezbeđenju i drugim pravima lica van radnog odnosa [Vorschriftensammlung zur materiellen Sicherung und anderen Rechten von Personen außerhalb der Beschäftigungsbeziehung]. Beograd: Nova administracija (Nova administracija, 51).

Prpić, Katarina (1975): Zaposlenost, zapošljavanje i nezaposlenost seoske omladine [Beschäftigtenstatus, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit der Dorfjugend]. In: Sociologija sela 13 (49-50), S. 162–175.

Prpić, Katarina (1976): Zaposlenost i zapošljavanje žena u SR Hrvatskoj [Beschäftigtenstatus und Beschäftigung von Frauen in der SR Kroatien]. In: Žena (1), S. 17–35.

Prpić, Katarina (1977): Negativna selekcija u zapošljavanju žena u SR Hrvatskoj [Negative Selektion bei der Beschäftigung von Frauen in der SR Kroatien]. In: Žena (2), S. 19–28.

Radovanović, Miroslav (1967): Rasprostranjenost i osnovne karakteristike nezaposlenosti u jugoslovenskom društvu [Verbreitung und Hauptmerkmale der Arbeitslosigkeit in der jugoslawischen Gesellschaft]. In: Zbornik Filozofskog fakulteta 10 (2), S. 93–122.

Republički Zavod za Statistika (1967): Zaposlenost i lični dohodi vo SR Makedonija [Beschäftigung und Löhne in der Sozialistischen Republik Mazedonien]. Skopje: Republički Zavod za Statistika.

Roggemann, Herwig (1970): Das Modell der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt (Theorie und Praxis der Gewerkschaften).

Rusinow, Dennison (1977): The Yugoslav Experiment. 1948-1974. Berkeley; Los Angeles: University of California Press.

Schleicher, Harry (1961): Das System der betrieblichen Selbstverwaltung in Jugoslawien. Berlin: Duncker & Humblot (Schriften des Instituts zum Studium der Sowjetwirtschaft an der Hochschule für Sozialwissenschaften, Wilhelmshaven-Rüstersiel, 2).

Seroka, Jim; Smiljković, Radoš (1986): Political organizations in Socialist Yugoslavia. Durham, NC: Duke University Press (Duke Press policy studies).

Sirc, Ljubo (1979): The Yugoslav Economy under Self-Management. London u.a.: Macmillan Press.

Soergel, Wolfgang (1979): Arbeiterselbstverwaltung oder Managersozialismus? Eine empirische Untersuchung in jugoslawischen Industriebetrieben. München: R. Oldenbourg (Untersuchungen zur Gegenwartskunde Südosteuropas, 14).

Stein, Ekkehart (1980): Arbeiterselbstverwaltung. Lehren aus dem jugoslawischen Experiment. Köln: Bund-Verlag (Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung, 17).

Supek, Rudi (1978): Arbeiterselbstverwaltung und sozialistische Demokratie. Beiträge zur geschichtlichen Kontinuität einer Idee. 2. Aufl. Hannover: SOAK-Verl. (Texte zur Arbeiterbewegung).

Sundhaussen, Holm (1993): Experiment Jugoslawien. Von der Staatsgründung bis zum Staatszerfall. Mannheim: B.I.-Taschenbuchverlag (Meyers Forum, 10).

Šefer, Berislav (1972): Socijalna politika u samoupravnom društvu [Sozialpolitik in der Selbstverwaltungsgesellschaft]. In: Jovan Đorđević u.a. (Hg.): Teorija i praksa samoupravljanja u Jugoslaviji. Beograd: Radnička štampa, S. 1020–1034.

Tešić, Radomir V. (Hg.) (1988): Nezaposlenost u Jugoslaviji [Arbeitslosigkeit in Jugoslawien]. Bajina Bašta: Samoupravna interesna zajednica osnovnog obrazovanja, kulture i fizičke kulture; Kulturni centar „Miloš Trebinjac“.

Turčić, Milan (Hg.) (1960): Radni odnosi i prava radnika: 1960 [Arbeitsbeziehungen und Arbeiterrechte: 1960]. Zagreb: „Vjesnik rada“; „Narodne Novine“.

Uzunov, Nikola (1991): Pretvoruvanjeto na ruralnata vo urbana prenaselenost i problemot na nevrabotenosta [Die Transformation der ruralen in die urbane Überbevölkerung und das Problem der Arbeitslosigkeit]. In: Nikola Uzunov, Ksente Bogoev und Miloš Macura (Hg.): Demografski, socijalni i ekonomski aspekti na rabotnata sila i vrabotenosta. Materijali od naučniot sobir održan na 2 i 3 noemvri 1989. g. vo Skopje. Skopje: Makedonska akademija na naukite i umetnostite, S. 109–118.

Uzunov, Nikola; Bogoev, Ksente; Macura, Miloš (Hg.) (1991): Demografski, socijalni i ekonomski aspekti na rabotnata sila i vrabotenosta. Materijali od naučniot sobir održan na 2 i 3 noemvri 1989. g. vo Skopje [Demographische, soziale und ökonomische Aspekte der Arbeitskraft und der Beschäftigung. Materialien der am 2. Und 3. November 1989 in Skopje abgehaltenen wissenschaftlichen Tagung]. Skopje: Makedonska akademija na naukite i umetnostite.

Vasović, Vučina (1972): Društvena svojina i samoupravljanje [Gesellschaftliches Eigentum und Selbstverwaltung]. In: Jovan Đorđević u.a. (Hg.): Teorija i praksa samoupravljanja u Jugoslaviji. Beograd: Radnička štampa, S. 149–165.

Vranicki, Predrag (1972): Teorijska osnova ideje o samoupravljanju [Theoretische Grundlage der Selbstverwaltungsidee]. In: Jovan Đorđević u.a. (Hg.): Teorija i praksa samoupravljanja u Jugoslaviji. Beograd: Radnička štampa, S. 136–148.

Wertheimer-Baletić, Alica (1989): Regionalne demografske odrednice nezaposlenosti u Jugoslaviji [Regionale demographische Faktoren der Arbeitslosigkeit in Jugoslawien]. In: Zapošljavanje i udruženi rad 14 (1), S. 38–57.

Woodward, Susan L. (1995): Socialist unemployment. The political economy of Yugoslavia, 1945-1990. Princeton: Princeton University Press.

Zelenkov, Branko (1974): Ekonomska politika na SFRJ [Wirtschaftspolitik der SFRJ]. Knj. 1. Beograd: Savremena Administracija.

Zelić, Nikola (1988): Nezaposlenost u spletu jugoslovenskih razvojnih problema. Nedostajući mehanizam produktivnog zapošljavanja i kako ih ugraditi u sistem [Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit den jugoslawischen Entwicklungsproblemen Der fehlende Mechanismus produktiver Beschäftigung und wie dieser in das System einzubauen ist]. In: Marksistička misao (3-4), S. 32–43.